

Antrag

der Abgeordneten Dr. Wieland Schinnenburg, Michael Theurer, Katrin Helling-Plahr, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Peter Heidt, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Dr. Gero Clemens Hocker, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Dr. Martin Neumann, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Linda Teuteberg, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Gerald Ullrich, Johannes Vogel (Olpe), Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Psychische Gesundheit während und nach der COVID-19-Pandemie stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Bereits im April 2020 hat die FDP-Bundestagsfraktion die Sicherstellung der psychotherapeutischen Versorgung während und nach der COVID-19-Pandemie gefordert (Drs. 19/19416). Seither ist durch unterschiedliche Studien und Untersuchungen deutlich geworden, wie sehr die psychische Belastung bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in Deutschland zugenommen hat (<https://link.springer.com/article/10.1007/s00103-021-03278-0>, www.uke.de/allgemein/presse/pressemitteilungen/detailseite_104081.html). Bisher hat die Bundesregierung wenig unternommen, um die psychische Gesundheit während und nach der Pandemie zu stärken.

Die Nachfrage nach psychotherapeutischer Behandlung ist über alle Altersgruppen hinweg drastisch gestiegen (www.faz.net/aktuell/wirtschaft/corona-krise-bewirkt-massenandrang-auf-psychotherapeuten-17193152.html). Bereits vor Ausbruch der Pandemie waren psychische Erkrankungen in Deutschland weit verbreitet und die durchschnittliche Wartezeit auf einen Psychotherapieplatz betrug bundesweit durchschnittlich 20 Wochen (www.bptk.de/wp-content/uploads/2019/01/20180411_bptk_studie_wartezeiten_2018.pdf). Aktuell warten 38 % der Patienten über ein halbes Jahr auf einen Behandlungsplatz (www.deutschepsychotherapeutenvereinigung.de/gesundheitspolitik/aktuelle-meldungen/news-bund/news/40-prozent-mehr-patientenanfragen-corona-kommt-in-praxen-an/). Es stehen genügend approbierte Psychotherapeuten im Erwachsenen sowie Kinder- und Jugendbereich zur Verfügung, um den gestiegenen Bedarf ambulanter Psychotherapie zu decken (Drs. 19/9748).

Neben dem Ausbau des psychotherapeutischen Angebotes ist auch eine wissenschaftlich fundierte Präventionsstrategie unabdingbar, um die Risikofaktoren der COVID-19-Pandemie für psychische Erkrankungen zu adressieren und Resilienz zu fördern (www.aerzteblatt.de/archiv/214303/COVID-19-Pandemie-Psychische-Stoerungen-werden-zunehmen). Eine besonders betroffene Zielgruppe sind hierbei Kinder- und Jugendliche, deren Möglichkeiten zur Bewältigung von Entwicklungsaufgaben seit fast einem Jahr stark eingeschränkt sind (<https://link.springer.com/article/10.1007/s00787-021-01726-5>).

Frühzeitige Behandlungsangebote und eine gezielte Präventionsstrategie sind notwendig, um individuelles Leiden, aber auch hohe Kosten durch Chronifizierungen und lange Krankschreibungen zu reduzieren.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Wartezeit auf einen Therapieplatz in der Richtlinienpsychotherapie bundesweit auf durchschnittlich zwei und maximal vier Wochen zu reduzieren und insbesondere Kindern und Jugendlichen einen schnellen Zugang zu einem Therapieplatz zu gewährleisten,
2. die Aufhebung von Zulassungsbeschränkungen für die Gruppe der Erwachsenen sowie Kinder- und Jugendpsychotherapeuten unverzüglich und mindestens bis zwei Jahre nach Ende der epidemiologischen Lage aufzuheben, um dem gestiegenen Bedarf nach psychotherapeutischen Behandlungen während und nach der COVID-19-Pandemie zu begegnen, wobei als Vorbild die Aufhebung von Zulassungsbeschränkungen von Zahnärzten nach § 103 Absatz 8 SGB V dienen kann,
3. eine unabhängige Studie zum Einfluss der COVID-19-Pandemie auf die psychische Gesundheit sowohl von erwachsenen Menschen als auch von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel in Auftrag zu geben,
4. ein wissenschaftlich fundiertes zielgruppenspezifisches Konzept zur Prävention von psychischen Störungen und Resilienzförderung vorzulegen, das die pandemiebedingten Risikofaktoren adressiert,
5. regionale Krisendienstangebote zu etablieren und zu stärken,
6. die Maßnahmen zur Prävention, Behandlung und Selbsthilfe im Bereich psychische Gesundheit zu stärken und regelmäßig zu evaluieren.

Berlin, den 18. Mai 2021

Christian Lindner und Fraktion

Begründung

Aktuelle Untersuchungen unterlegen, dass psychische Belastung und Stresserleben in der Gesamtbevölkerung unter der COVID-19-Pandemie zugenommen haben. Neben der Angst vor einer Erkrankung sind auch die Maßnahmen der Eindämmung des Infektionsgeschehens ursächlich. Konkrete Risikofaktoren für die Entstehung und Verschlechterung psychischer Störungen sind soziale Distanzierung, Kontaktbeschränkungen und finanzielle Sorgen (<https://link.springer.com/article/10.1007/s00115-021-01068-2>).

Dabei hat sich gezeigt, dass einige Personenkreise in besonderem Maße von den COVID-19-Maßnahmen betroffen sind. Schulschließungen, Kontaktbeschränkungen und Lockdown haben zu massiven Lebensveränderungen von Kindern und Jugendlichen geführt. Fast jedes dritte Kind leidet ein knappes Jahr nach Beginn der Pandemie unter psychischen Auffälligkeiten. Ängste, Sorgen und depressive Symptome haben bei den 7- bis 17-Jährigen im Laufe der Pandemie zugenommen. Auch viele Eltern fühlen sich mittlerweile durch die anhaltende Pandemie und dem Homeschooling belastet und zeigen vermehrt depressive Symptome. (www.uke.de/allgemein/presse/pressemitteilungen/detailseite_104081.html).

Neben Kindern und ihren Familien sind junge Erwachsene und Studierende stark von den Maßnahmen betroffen. Der Anteil der Studierenden mit psychischer Beeinträchtigung ist auf 10 % gestiegen (Drucksache 19/26712). Eine weitere Gruppe, die besonders durch die Belastungen der COVID-19-Pandemie gefährdet ist, sind Menschen mit psychischen Vorerkrankungen (<https://link.springer.com/article/10.1007/s00115-020-01056-y>). Viele depressiv Erkrankte berichten, dass sich die Versorgungsqualität verschlechtert hat, stationäre Angebote wurden zurückgefahren, Selbsthilfe- und Gruppentherapieangebote finden nicht mehr statt (www.swr.de/wissen/depression-barometer-corona-102.html). Neben den erwähnten Personenkreisen haben Klinikpersonal (www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC7295275/) und COVID-19-Erkrankte (<https://oxfordhealthbrc.nihr.ac.uk/covid-19-patients-receive-psychiatric-diagnosis/>) ein erhöhtes Risiko für psychische Erkrankungen.

Die gestiegene Belastung bildet sich bereits in einer erhöhten Nachfrage nach Psychotherapie ab: Einer aktuellen Untersuchung zufolge hat die Nachfrage nach einem Therapieplatz bei Erwachsenenpsychotherapeuten um 40 % zugenommen (www.deutschepsychotherapeutenvereinigung.de/gesundheitspolitik/aktuelle-meldungen/news-bund/news/40-prozent-mehr-patientenanfragen-corona-kommt-in-praxen-an/), bei Kinder- und Jugendpsychotherapeuten sogar um 60 % (www.deutschepsychotherapeutenvereinigung.de/gesundheitspolitik/aktuelle-meldungen/news-bund/?L=0&tx_news_pi1%5Bnews%5D=2964&tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=d2adc6b2ff53a0a389528aa4de65a612). Selbst Psychotherapeuten ohne Kassensitz geben eine 61 % gestiegene Patientennachfrage an. Auch Krankenkassen berichten von einer Zunahme psychotherapeutischer Behandlungen (www.deutschlandfunk.de/welt-am-sonntag-mehr-behandlungen-wegen-psychischer-leiden.2850.de.html?drn:news_id=1227543). 38,3 % der erwachsenen Patienten warten aktuell länger als ein halbes Jahr auf einen Therapieplatz. Aufgrund der direkten und indirekten psychosozialen Pandemiefolgen ist mit einer lang andauernden Phase zunehmender und erst sehr langsam wieder abnehmender Inanspruchnahme des psychiatrischen Versorgungssystems zu rechnen (www.aerzteblatt.de/archiv/214303/COVID-19-Pandemie-Psychische-Stoerungen-werden-zunehmen).

Auch wenn viele Belastungsfaktoren mit Lockerungen reduziert werden können, sind Spätfolgen der aktuellen Situation zu erwarten. Insbesondere für Kinder sind soziale Kontakte zur Bewältigung von Entwicklungsaufgaben unabdingbar. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass die COVID-19-Pandemie einen weitreichenden Effekt auf das psychische Wohlbefinden der jungen Menschen haben wird (<https://link.springer.com/article/10.1007/s00787-021-01726-5>). Bereits unter Normalbedingungen leidet in Deutschland fast ein Drittel der Bevölkerung in einem Jahr an einer psychischen Störung (Jacobi et al., 2014) und die Wartezeit auf eine Richtlinienpsychotherapie beträgt bundesweit im Durchschnitt 20 Wochen (www.bptk.de/wp-content/uploads/2019/01/20180411_bptk_studie_wartezeiten_2018.pdf).

Die sofortige Aufhebung der Zulassungsbeschränkungen für Psychotherapeuten im Erwachsenen, Kinder- und Jugendbereich ist notwendig, um Betroffenen schnelle Hilfen zu ermöglichen und den psychischen Belastungen durch die COVID-19-Pandemie zu begegnen. Neben dem Ausbau der psychotherapeutischen Versorgung müssen dringend zielgruppenspezifische Präventionskonzepte entwickelt werden, welche die unter der Pandemie entstandenen bzw. verstärkten Risikofaktoren adressieren sowie Resilienz und psychisches Wohlbefinden fördern. Durch frühzeitige Behandlungen und gezielte Präventionsstrategien können nicht nur individuelles Leiden, sondern auch hohe Kosten für die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung durch Chronifizierungen, lange Krankenschreibungen und Erwerbsminderungsrenten reduziert werden.

